

Bist Du gesund oder bettelst Du schon?

Die »Gesundheitsreformer« zerstören den Sozialstaat



Wir, die Versicherten, Kranken und Rentner/innen, müssen etwa 12 Milliarden Euro jährlich mehr zahlen, die Arbeitgeber etwa 9 Milliarden weniger. Das ist die kurze und für alle verständliche Bilanz der angekündigten "Gesundheitsreform". Krankheit oder gar Sterben wird für viele damit auch zu einer finanziellen Bedrohung. Umgekehrt spekulieren am Gesundheitsmarkt nun etliche auf die sich öffnenden Märkte. Dabei werden Krankenhäuser und Krankenkassen zu ebensolchen Profitcentern wie Pharmakonzerne, und Privatversicherungen.

Einsparen werden wir nach den Plänen von Ministerin Schmidt und ihr Konsenspartnern in Wirklichkeit nichts. Denn ob Krankengeld, Zahnersatz, Eintrittsgeld beim Arzt oder Sterbegeld - was sie aus den Leistungskatalogen der Krankenkasse streichen, müssen wir ja aus der eigenen Tasche zahlen.

Vielen wird die Behandlung ihrer Krankheiten etwas "wert" sein. Doch längst nicht alle von uns haben das nötige "Kleingeld" und können sich all die Zuzahlungen leisten. Diese Ungleichheit und die Angst vor den finanziellen Krankheitsfolgen werden Menschen krank und ärmer machen.

Ungesund wird für uns auch die bewusst entfesselte Konkurrenz am Gesundheitsmarkt. Unsere Krankenkassen werden in den "fairen" Wettbewerb mit den Privatkassen getrieben, niedergelassene Ärzte und Kliniken spekulieren auf das Zubrot mit Schönheitsoperationen und Werbeaktionen. Nicht unsere Gesundheit sondern Angebot und Nachfrage bestimmen zunehmend die Fortentwicklung der Medizin.

Schmidt und Seehofer ahnen bereits, dass sie mit all diesen Zumutungen nicht einmal die versprochene Atempause erreichen werden. Mit wöchentlich neuen Zumutungen versuchen sie gemeinsam, die politische Schmerzgrenze für immer weitere Tabubrüche abzusenken.

Globalisierung von Medizin und Pflege

Gegen die Unterversorgung mit den länger und länger werdenden Wartelisten und gegen die "Zurückhaltung" der nicht zahlungsbereiten Patienten haben sie nur ein einziges Gegenmittel gefunden: Die grenzüberschreitende Therapie. Preisbewusste Kranke "dürfen" sich bald in anderen Ländern behandeln lassen, Medizin und Zahnersatz dort einkaufen und sich von dort billiges Pflegepersonal mitbringen.

Kranke Wörter

»Reform«: Das Versprechen einer Umgestaltung zu einem besseren Zustand ist längst zur Bedrohung geworden. Ob die Regierung heute eine Reform ankündigt oder ob vor Taschendieben gewarnt wird – in beiden Fällen greifen wir besorgt nach unseren Geldbörsen.

»zumutbar«: Beim Arzt heißt es beruhigend „Es tut auch gar nicht weh!“ Bei den ständig neuen Operationen am Sozialstaat werden unsere Opfer ganz ähnlich besänftigend klein geredet. Erst wenn wir gegen die Zumutungen aufbegehren, werden sie „unzumutbar“.

»Eigenverantwortung«: Unsere Krankheiten sind eng damit verwoben wie wir arbeiten, wohnen und leben. Diejenigen, die an unseren Arbeitsplätzen das Sagen haben und die in unseren Städten spekulieren, möchten aus ihrer Verantwortung für unsere Gesundheit entlassen werden.

»notwendig«: Gegen das vermeintlich Notwendige erscheint unser Widerstand zwecklos. Dennoch gilt: Die drastische Verschlechterung unserer Gesundheitsversorgung ist nur solange notwendig, bis wir alternativ eine gerechte und vernünftige Krankenversicherung durchsetzen.

Dieser Gesundheitstourismus im Stil von Butterfahrten auf Krankenschein wird unterm Strich teuer und gefährlich.

Krankheiten machen nicht vor Ländergrenzen halt, sie springen heute von Kontinent zu Kontinent. Eine solidarische Welt ist für uns darum nur vorstellbar, wenn endlich alle Menschen in ihrer Heimat den gleichen Zugang zu Medikamenten und einer menschlichen Gesundheitsversorgung erhalten.

Eine solche solidarische Gesundheitssicherung ist durchaus möglich und bezahlbar.

Hausärzte, Fachärzte und Krankenhäuser dürfen dabei nicht konkurrieren sondern arbeiten für unse-

re Gesundheit zusammen. Ohne aufwendige Unterscheidung in Kassen- und Privatpatienten, in "Grund-" und Wahlleistungen, wird dies deutlich günstiger für alle.

An der Finanzierung sollen sich alle beteiligen die Idee einer "Bürgerversicherung" hat da einen durchaus vernünftigen Kern. Alle sollen für alle zahlen, denselben Anteil ihres Einkommens, in eine einheitliche Krankenkasse, für

alles Sinnvolle und medizinisch und sozial Notwendige!

Wir wollen dabei die Arbeitgeber nicht aus der Parität entlassen. Sie sollen wieder ihre Hälfte mit dazu zahlen und so ein wenig Interesse an unserer Gesundheit behalten. Denn sonst sehen sie unbeteiligt zu, wie kleine und große Unternehmer die Umsätze und Gewinne am Gesundheitsmarkt immer unsinniger wachsen lassen.

Eine solche solidarische Alternative werden wir nur gemeinsam durchsetzen können!

Auf nach Berlin!

Demo gegen »Agenda 2010« am 1. November. Näheres unter www.attac.de/soziale-zukunft-jetzt

www.attac.de
attac



Ich interessiere mich für Attac

- Schickt mir bitte weitere Informationen zu
- Nehmt mich bitte in Euren Infoverteiler auf

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-Mail: _____

Bitte senden an:

**Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.**

oder per Fax an:
069-900 281-99

Ich möchte Attac unterstützen

- Ich möchte Mitglied werden und bin damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag* in Höhe von _____ € von meinem Konto abbucht.
(Unzutreffendes bitte streichen)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen und bin damit einverstanden, dass Attac einmalig / jährlich / monatlich einen Betrag in Höhe von _____ € von meinem Konto abbucht.
(Unzutreffendes bitte streichen)

KontoinhaberIn: _____

Kto.-Nr.: _____

Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

* Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 1,25 € im Monat (Ausnahmen sind natürlich möglich). Für Organisationen bis 100 Mitglieder 25 €/Jahr, bis 500 Mitglieder 50 €/Jahr und ab 500 Mitgliedern 150 €/Jahr. Die Einzugsermächtigung ist jederzeit widerrufbar.